Bild: Verein Getränkekarton-Recycling Schweiz

Wie sehen Abfallwirtschaft und Recycling der Zukunft aus?

Mit dem Wohlstand ist in der Schweiz auch die Menge der Siedlungsabfälle gestiegen. Die Recyclingquote liegt derzeit bei 50 Prozent. Bleibt dies so, oder kommen weitere separate Sammlungen dazu? An einer Tagung in Solothurn diskutierten Vertreter der Abfall- und Recyclingwirtschaft über die zukünftigen Herausforderungen und Möglichkeiten.

Im Jahr 2011 produzierte jede Schweizerin und jeder Schweizer 689 Kilogramm Siedlungsabfall. Das sind rund 80 Kilogramm mehr als 1990. Dabei wurde pro erwirtschafteten Franken ungefähr dieselbe Abfallmenge wie 1990 verursacht. Die jährlichen Gesamtmengen an Siedlungsabfall verlaufen (noch) parallel zum Bruttoinlandsprodukt. Allerdings hat bei den Siedlungsabfällen in den letzten Jahren eine deutliche Verlagerung von der Verbrennung unter energetischer Nutzung und Deponierung (bis 2000) zum Recycling stattgefunden. Heute wird rund die Hälfte der Siedlungsabfälle in der Schweiz stofflich wiederverwertet. Werden wir in Zukunft noch mehr separat sammeln und recyceln? Wie wird die Kreislaufwirtschaft im Jahr 2030 aussehen? Diese Fragen standen im Zentrum des Recyclingkongresses von Swiss Recycling und der Organisation Kommunale Infrastruktur, der Mitte Januar in Solothurn stattfand.

Der Abfall- und Recyclingbereich gleicht derzeit punkto gesetzlicher Regelung einer Grossbaustelle. In nächster Zeit werden die Weichen gestellt: Die Revisionen des Umweltschutzgesetzes (siehe grüner Kasten), der technischen Verordnung über Abfälle (TVA) sowie der Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG) sind noch im Gang. Zudem hat der Bundesrat vergangenen Herbst die Botschaft zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 zuhanden des Parlaments verabschiedet.

Den Service public beibehalten

Wie präsentiert sich die Situation der Schweizer Abfall- und Recyclingwirtschaft aus kommunaler Sicht? «Die Bevölkerung attestiert den Gemeinden Kompetenz, wenn es um Abfall und Recycling geht», sagte Alex Bukowiecki, Geschäftsführer der Organisation Kommunale Infrastruktur. Die Rollenteilung zwischen Gemeinden und Handel bei den Separatsammlungen sei pragmatisch. Das Verursacherprinzip fördere das Recycling, wie das Beispiel Romandie zeige. Für Bukowiecki ist klar: «Der Service public mit den Kommunen als relevanten Leistungserbringern soll beibehalten werden.» Voraussetzung dafür seien aber klare politische Leitplanken. Zudem brauche es eine Gesamtper-

spektive und klare Kriterien für den Entscheid, ob neue Separatsammlungen eingeführt werden sollen oder nicht. Weiter müssten die Finanzierungssysteme nach einheitlichen Kriterien funktionieren. «Und natürlich müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie der Rohstoffverbrauch gesenkt werden könnte», betonte Bukowiecki.

«Die Ressourcenwirtschaft hat Einzug gehalten»

Jürg Hertz, Vorsteher des Amtes für Umwelt des Kantons Thurgau, hob hervor, dass in der Abfallwirtschaft Marktmechanismen eine zunehmend wichtige Rolle spielten. «Die Ressourcenwirtschaft hat Einzug gehalten, die Liberalisierung lässt sich nicht aufhalten.» Die Abfallströme bewegten sich über die Kantons- oder sogar Landesgrenzen hinweg. Und: «Die Rohstoffpreise tendieren generell nach oben – damit steigt auch das Recycling.» Hertz plädierte dafür, die Verbände der Kehrichtverbrennungsanlagen (KVA) am Markt teilnehmen zu lassen. «Warum vermarkten wir die Anlagen nicht als Dienstleistungen?», fragte Hertz und wies auf das Beispiel Japan hin, wo es teilweise Anlagen mit Freizeitangeboten gebe. «Die Botschaft lautet dort: ‹Abfälle sind Teil des menschlichen Daseins – wir lösen das Problem gemeinsam.›»

«KVA können bedarfsgerechte Energie zur Verfügung stellen»

Edi Blatter, Direktor der Satom SA in Monthey, der 80 Walliser und Waadtländer Gemeinden als Aktionäre angeschlossen sind, legte die Sicht der KVA dar. Diese hätten in der Öffentlichkeit teilweise ein schlechtes Image und würden als Gegenpole zum «rettenden Recycling» wahrgenommen. In Wirklichkeit seien aber sämtliche Schweizer KVA zu Kraftwerken umgebaut worden. «Die besten Anlagen haben energetische Wirkungsgrade wie andere Feststoffkraftwerke – Kohle oder Biomasse –, obwohl sie viel strengere Schadstoffgrenzwerte einhalten müssen», sagte Blatter. Die KVA produzierten heute 2,3 Prozent des Stromverbrauches der Schweizer Haushalte. Dabei bestehe noch Potenzial für die Produktion, wenn die KVA neue Aufgaben übernehmen. «Mittels Überkapazitäten können sie bedarfsgerechte Energie zur Verfügung stellen», erklärte Blatter und betonte: «Der Erlös der Anlagen sollte primär von der Energie und von den aus der Schlacke gewonnenen Metallen, nicht aber von Gebühren stammen.»

Verschiedene Kriterien für die Beurteilung von neuen Sammlungen

«Die Recyclingsysteme in der Schweiz funktionieren, die Rücklaufquoten sind hoch», sagte Patrik Geisselhardt, Geschäftsführer von Swiss Recycling. Thermische Verwertung und stoffliche Wiederverwertung sowie Ökologie und Ökonomie dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. «Es gilt vielmehr, einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Dabei soll nicht das Maximum, sondern das optimale Kosten-Nutzen-Verhältnis angestrebt werden.» Bei der Beurteilung für weitere selektive Separatsammlungen seien verschiedene Kriterien zu berücksichtigen: Ist die Nachfrage im Sekundärmarkt vorhanden? Ist die Finanzierung sichergestellt? Gibt es einen ökologischen Nutzen? Kann die Separatsammlung der Bevölkerung gut kommuniziert werden? Ist die Sammelmenge genügend gross? Ist die Sauberkeit/Hygiene gewährleistet? Besteht stoffliche Reinheit/Homogenität? Geisselhardt: «Potenziale sind vorhanden, aber es braucht konkrete, langfristige Ziele und eine entsprechende Planung.»

Philippe Blatter

Getränkekarton-Recycling

Seit Ende 2012 läuft das Pilotprojekt zum Getränkekarton-Recycling. Mittlerweile beteiligen sich 30 Gemeinden daran. «Zu den bestehenden 42 Sammelstellen werden in diesem Jahr noch weitere in der Romandie hinzukommen», sagt Raymond Schelker, Geschäftsführer des Vereins Getränkekarton-Recycling Schweiz. Er zieht eine positive Zwischenbilanz: «Die Separatsammlung ist ökologisch sinnvoll und technisch machbar. Die Leute sammeln diszipliniert, und die Fehlwurfquote ist niedrig.» Allerdings fehlt noch ein Finanzierungssystem. Bei einer angestrebten Verwertungsquote von 75 Prozent betragen die Systemkosten insgesamt rund 700 Franken pro Tonne. «Mit einem vorgezogenen Recyclingbeitrag von circa zwei Rappen pro Verpackung könnte ein nationales Sammelsystem für Getränkekartons finanziert werden», ist Schelker überzeugt. Im Zuge der Umweltgesetzrevision wird er die Diskussion mit dem Handel und anderen Partnern führen. Ziel ist eine freiwillige Branchenvereinbarung. Das Pilotprojekt läuft noch bis Ende Jahr.

Revision des Umweltschutzgesetzes

Das Bundesamt für Umwelt wertet derzeit die Vernehmlassungsantworten zur Änderung des Umweltschutzgesetzes (USG) aus. Die Gesetzesrevision ist der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)». Der Bundesrat stützt sich dabei auf den Aktionsplan Grüne Wirtschaft, den er Anfang März vergangenen Jahres verabschiedet hat. Leitziel der Gesetzesrevision ist die Verbesserung der Ressourceneffizienz von Produktion und Konsum, um die Umweltbelastung zu reduzieren. Dabei soll auch die im Ausland mitverursachte Umweltbelastung berücksichtigt werden. Die Vorlage enthält Ergänzungen und Präzisierungen der gesetzlichen Grundlagen, um die Kreislaufwirtschaft bei wertvollen Stoffen zu stärken, vermehrt Recyclingrohstoffe einzusetzen und um den Rohstoffbedarf und das Abfallaufkommen zu senken. Weiter soll der Bund die Kompetenz erhalten, zur besseren Verwertung bestimmter Verpackungsmaterialien im Detailhandel eine Rücknahmepflicht einzuführen, falls dies notwendig sein sollte. Im Bereich der Abfallanlagen sollen Vorschriften zum Stand der Technik erlassen werden, um die stoffliche und energetische Effizienz zu verbessern. Der Bundesrat wird die Botschaft zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» und die USG-Revision voraussichtlich diesen Frühling zuhanden des Parlaments verabschieden.
Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) unterstützt die allgemeine Stossrichtung des Aktionsplans zur «Grünen Wirtschaft». In seiner Stellungnahme kritisiert er aber, dass die vorgeschlagenen Änderungen des USG zu wenig mit der Energiestrategie 2050 abgestimmt sind, vor allem in Bezug auf die Stromerzeugung. «Neben der Rückgewinnung von Stoffen aller Art kann die Abfallwirtschaft mit den Kehrichtverbrennungsanlagen und Abwasserreinigungsanlagen einen wesentlichen Beitrag zur Stromproduktion leisten», schreibt der SGV. Dies müsse im revidierten USG berücksichtigt werden. Bezüglich der neu vorgesehenen Rücknahmepflicht von Verpackungen verlangt der SGV eine explizite Vergütungspflicht für alle kommunalen Leistungen, da trotz gesetzlicher Rücknahmepflicht beim Handel ein grosser Teil der Stoffe auch über kommunale Sammeleinrichtungen zurückgegeben werde.